



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Energiewende verlässlich und gerecht weiter gestalten

Antrag Fraktionen CDU und SPD – **Drs. 6/3986**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Energiewende verlässlich und gerecht weiter gestalten!

Der Landtag stellt fest, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele jetzt der Einstieg in den schrittweisen Ausstieg aus der energetischen Braunkohlenutzung auf den Weg gebracht werden muss. Der Landtag spricht sich gegen ein neues Braunkohlekraftwerk Profen sowie gegen einen neuen Braunkohletagebau Lützen und auch weitere Braunkohleexporte aus.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. das Vorhaben des Bundeswirtschaftsministeriums zur Senkung der Kohlendioxid-Emissionen im fossilen Kraftwerkspark zu unterstützen, indem sie sich konstruktiv in die Diskussion um wirksame Instrumente - wie zum Beispiel die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene Klimaabgabe - einbringt;
2. sich auf Bundes- sowie EU-Ebene für die wirksame Wiederbelebung des europäischen Emissionshandels sowie die Einführung eines CO₂-Mindestpreises einzusetzen;
3. sich auf Bundesebene für eine schrittweise Einführung der US-amerikanischen Grenzwerte für kohlekraftwerkbedingte Quecksilberemissionen einzusetzen.

Begründung

Die Kohleverstromung ist nicht mit den Klimaschutzziele und den Anforderungen eines flexiblen und umweltverträglichen Energieversorgungssystems vereinbar. Damit die Klimaschutzziele erreicht werden, muss jetzt mit dem Ausstieg aus der energetischen Braunkohlenutzung begonnen werden. Die dazu erforderlichen Instrumente müssen Sozialverträglichkeit und Planungssicherheit gewährleisten. Ein Ausstieg bedeutet auch keine weitere Ausweitung der energetischen Braunkohlenutzung, sodass ein neues Braunkohlekraftwerk Profen, ein neuer Tagebau Lützen und weitere Braunkohleexporte abzulehnen sind.

Durch das mittlerweile seit einigen Jahren extrem niedrige Preisniveau für Emissionszertifikate hat der Emissionshandel (ETS) seine Wirkung fast völlig verloren. Damit die beabsichtigte Lenkungswirkung für klimafreundliche Energieerzeugungstechnologien greifen kann, muss eine grundlegende Reform des Emissionshandelssystems auf Bundes- und EU-Ebene angegangen werden.

Von Quecksilber (Hg) gehen hohe Gesundheitsrisiken aus. Dennoch stoßen Kohlekraftwerke noch immer Unmengen davon aus. Über die Nahrungskette gelangt Quecksilber auch in den Körper des Menschen. Die USA hat die Gesundheitsrisiken von Quecksilber anerkannt und strenge Grenzwerte erlassen, die auch in Deutschland gelten sollen. Damit würde Deutschland auch seiner Verpflichtung nachkommen, die sich aus der UN-Konvention zur Eindämmung des Quecksilberausstoßes ergeben. Gerade durch den erheblichen Quecksilber-Output des Braunkohlekraftwerkes Schkopau hat dies ganz konkrete Auswirkungen auf das Land Sachsen-Anhalt.

Prof. Dr. Claudia Dalbert
Fraktionsvorsitzende